

Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg

Andreas Beichler, Doris Lau, Dorothea Pein,

Sylvie Röhrkasten, Ruth Wenzel, Jens Williges

## Haushaltsrede 26.03.2014 zum Haushalt 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Auch wenn der Ergebnishaushalt nach 2013 in diesem Jahr 2014 erneut ausgeglichen ist, darf man nicht vergessen, dass Ronnenberg durch den Schulneubau in diesem und den beiden folgenden Jahren in großem Maße neue Schulden aufnehmen muss, deren Finanzierung zwar durch den Haushalt gedeckt werden kann, die wir aber schneller als die Abschreibungszeiten einer Schule wieder zurückzahlen wollen.

Deshalb werden wir auch weiterhin auf eine sparsame Haushaltsführung achten, gegenüber Einsparvorschlägen offen sein, trotzdem in die Zukunft investieren und wenn begründbar, auch Einnahmeerhöhungen nicht ausschließen.

Wir beschließen heute einen Ergebnishaushalt, der im Plan einen Überschuss von gut 750.000 Euro ausweist. Dieses positive Ereignis konnten wir in Ronnenberg seit über 11 Jahren nicht mehr erreichen. Die GRÜNEN werden daher dem Haushalt 2014 zustimmen.“

Falls Ihnen diese Sätze weitgehend bekannt vorkommen – es sind die ersten Sätze aus der letztjährigen Rede meines Fraktionskollegen Jens Williges – aber die Zahlen konnte ich erfreulicherweise zum Positiven ändern.

Lassen sie uns kurz an die letzten Haushaltsaufstellungen erinnern. Können Sie sich an die rosarote Brille erinnern, die die CDU Fraktionsvorsitzende ROT-GRÜN beim letzten Haushalt vorgehalten hat oder an die roten und schwarzen Bälle im Jahr davor. Keine der Anwürfe hatten Substanz oder haben sich bewahrheitet. ROT-GRÜN hatte dafür gesorgt, dass nicht nur ein ausgeglichener Haushaltsplan eingebracht werden konnte, sondern er konnte auch ausgeglichen abgeschlossen werden.

Und uns ist es letztlich auch erneut gelungen, für dieses Jahr einen ausgeglichenen Haushalt abzuschließen. ROT-GRÜN hatte gegen die Stimmen von CDU/FDP gespart und auch moderat die Steuern erhöht, um diese Ergebnisse zu ermöglichen. Auch bei den Investitionen hatte ROT-GRÜN wirtschaftlich gehandelt. Wir liegen immer noch eine Million unterm Plan bei der KGS und haben keine „Elbphilharmonie“.

Was für ein Jahr liegt hinter uns! Es gab eine Landtagswahl mit einer knappen Mehrheit für ROT-GRÜN, eine Bundestagswahl mit dem Ergebnis einer Großen Koalition und es gab eine Bürgermeisterwahl in Ronnenberg, dessen Wahlkampfattitüden uns GRÜNE fassungslos machten. Allerdings blieb die von den Freien Wählern auch uns angedrohte „unversöhnliche Periode der Eiszeit“ im Rat nach der Wahl bisher anscheinend aus. Oder haben wir Ihre dezente Zurückhaltung bei der Haushaltsberatung als solche zu verstehen? Von Ihnen gab es immerhin keine Anträge, die den Haushalt hätten entlasten können, es gab keine Anträge, die zu einem kreativen Umgang mit Ausgaben hätten führen können. Na, da sind Sie aber meilenweit am Bürgerwillen, ich schließe mal die Bürgerinnen mit ein, vorbeigeschossen.

Auch die von der Bürgermeisterin im Wahlkampf geäußerten Wahlversprechen, die von der CDU unterstützt wurden, finden nicht ihren Niederschlag in ersten Anträgen wie z.B. die Senkung des hohen Schuldenstandes, das TOP-Jugendzentrum, das neue Freibad oder Maßnahmen zur Optimierung der viel gescholtenen öffentlichen Grünpflege. Der proklamierte frische Wind, der ins Rathaus kommen soll, kommt wie bisher von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses.

Aber es gibt auch ein Leben nach dem Wahlkampf.

Frau Harms betonte in ihrer Antrittsrede im Rat, dass sie ihr Amt überparteilich und zum Wohle aller Einwohnerinnen und Einwohner ausführen will. Die begrüßen das ausdrücklich. Wir werden mit der neuen Bürgermeisterin konstruktiv und an der Sache orientiert zusammenarbeiten und haben das in den ersten Monaten auch schon getan. Dieses haben GRÜNE auch mit ihren Vorgängern praktiziert, egal ob die GRÜNEN zur Mehrheit im Rat gehörten oder in der Minderheit waren.

Frau Harms hat betont, dass sie von Herrn Walther eine gut funktionierende Verwaltung übernommen habe. Wir erwarten daher, dass die Verwaltung auch unter Frau Harms weiterhin gut aufgestellt bleibt und sie die gemeinsam beschlossenen Schritte zur weiteren Optimierung, u.a. die Geschäftsprozessanalyse erfolgreich durchführt. Positiv zur Kenntnis

genommen haben wir, dass auch weiterhin die anerkannt kompetenten Fachbereichsleiter und auch zum Teil die Teamleiter in den Gremien ihre Vorstellungen vortragen können. Erfreut hat uns außerdem die Tatsache, dass Frau Harms nun die Politik der Haushaltskonsolidierung von ROT-GRÜN mit der Einbringung eines ausgeglichenen Haushaltes unterstützen will. GRÜNE haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie um die Sache streiten. Insofern passt das bereits mehrfach von Einigen bemühte Bild der hoffentlich ausbleibenden „Barsinghäuser Verhältnisse“, wie sie selbst wissen, nicht. Es ist zu hoffen, dass die Mehrheitsverhältnisse im Rat zukünftig nicht als Ausrede für mangelnde inhaltliche Arbeit dienen werden und dass allen Fraktionen heute gute Politik wichtiger ist als die nächste Wahl. Wir haben in der letzten Zeit den Eindruck, dass dieses gelingen kann und hoffen, dass es keinen Rückfall in einen Wahlkampfmodus der üblen Sorte wie beim letzten Mal gibt.

Frau Harms übernimmt eine gut aufgestellte Verwaltung, eine gut aufgestellte Stadt u.a. bezüglich Kinderbetreuung, Wirtschaftsförderung, Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern und eine verbesserte finanzielle Situation. GRÜNE werden daran mitarbeiten, dass es so bleibt und dass auch neue Aufgaben ohne neue Schulden angegangen werden.

Womit wir beim Thema wären: Unsere Kommune steht als letztes Glied in der Kette vor immer neuen Aufgaben, deren Finanzierung häufig nicht geklärt ist. Aber die Aufgaben drängen sich uns auf. In diesem Jahr haben wir unser Augenmerk auf die drängendsten Defizite bei der Kinderbetreuung und auf die äußerst wichtige und erfolgreiche Schulsozialarbeit gelegt. Geleitet von der Prämisse, keine neuen Schulden für die von ROT-GRÜN eingebrachten Vorschläge zur Verbesserung im Bereich der Krippenbetreuung und Schulsozialarbeit aufzunehmen, haben wir folgende Maßnahmen zur Entlastung des Haushaltes eingebracht: ROT-GRÜN verschiebt die Einrichtung eines Mehrgenerationenplatzes (40.000 €) um ein Jahr nach 2015. Wir verzichten auf die Erneuerung der Stühle im Sitzungszimmer des Rathauses (16.000 €), wir erhöhen dem verbesserten Qualitätsstandard entsprechend die Krippengebühren und nehmen eine Anpassung der Kindergartengebühren vor (Summe: 2014: knapp 40.000 €/2015: gut 133.000 € Mehreinnahme). Last but not least erhöhen wir die Steuer auf Geldspielautomaten (2014: 25.000 €/ 2015: 50.000 € Mehreinnahme).

Zusammen mit erhöhten Landesmitteln für die Personalkosten im Kita-Bereich verbessert

sich der laufende Haushalt gegenüber dem Ursprungsplan um 250.000 Euro. Diese Entwicklung setzt sich in den nächsten drei Jahren im Schnitt fort. ROT-GRÜN schafft somit die Verbesserung der öffentlichen Leistungen und die Rückführung der Kassenkredite.

Die geplanten Überschüsse bis 2017 belaufen sich dann im Schnitt auf gut eine Million Euro und können die Last der 24 Mio. Euro Kassenkredite etwas schmälern.

Zu bedenken dabei ist aber, dass die Ausgabesätze für die Unterhaltung der öffentlichen Infrastruktur knapp kalkuliert sind. Ebenso ist kein Puffer für Unvorhergesehenes eingeplant. Letztlich sind natürlich auch die Steuereinnahmen konjunkturabhängig. Wir werden also ein Teil der Überschüsse höchstwahrscheinlich in den kommenden Jahren noch anderweitig verwenden müssen.

Ich komme zu den Haushaltspositionen im Einzelnen:

Der von der Bundesregierung gesetzte Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ist grundsätzlich zu begrüßen, aber handwerklich schlecht gemacht. Er wird weder vom Bund noch vom Land – und dazu zählt auch das ROT-GRÜN regierte Niedersachsen – ausreichend finanziert. Die Kommunen bleiben auf den explodierenden Ausgabensteigerungen sitzen und baden auf der untersten Ebene das aus, was auf höherer Ebene schief läuft. Dieser Konflikt darf aber unter keinen Umständen auf dem Rücken unserer Kinder und deren Eltern ausgetragen werden. Deshalb hat sich ROT-GRÜN für eine Verbesserung der Betreuungssituation in Krippen entschieden.

Z. Zt. werden hier noch bis zu 15 Kinder unter drei Jahren durch nur zwei Personen betreut. Das ist aus fachlicher Sicht ein unhaltbarer Zustand! Eine dritte Betreuungskraft wird von Fachleuten, Praktikerinnen und Praktikern für diese Gruppengröße als äußerstes Minimum erachtet. Die Krippe ist aber nicht nur eine Betreuungseinrichtung. Darüber hinaus hat sie – wie alle Kindertagesstätten – einen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Die Kinder können auf der Basis einer sicheren Bindung zu einer kontinuierlichen Bezugspersonen zusätzliche Erfahrungen machen: mit sich selbst, mit anderen Kindern und Erwachsenen, mit Regeln und Verhaltensmöglichkeiten, mit Tätigkeiten und Beschäftigungen, mit der Natur. Die Krippe ermöglicht den Kindern vor allem Kontakt zu anderen Kindern und einen Platz in der Kindergemeinschaft. Daher ist es uns besonders wichtig, dass die Kleinkinder nicht ständig wechselnde Bezugspersonen haben und dass das bisherige System mit Springkräften durch eine dritte Betreuungskraft je Gruppe ersetzt wird. Dafür erhöhen wir in diesem Haushaltsjahr, in dem die Finanzierung auf die letzten

Monate begrenzt ist, die Ausgaben für die Betreuung der Krippenkinder um knapp 107.000 €, im nächsten Haushaltsjahr dann ganzjährig um gut 328.000 €. Gleichzeitig erhöhen wir im Zusammenhang mit dieser qualitativen Verbesserung der Betreuung die Krippengebühren für das KITA-Jahr 2014/2015 um 20 % und für das KITA-Jahr 2015/2016 nochmals um 10 % auf die dann bestehenden Gebühren. Im Vergleich zu unseren Nachbarkommunen bewegen wir uns dann mit den Gebühren auf einem ähnlichen Niveau.

Gleichzeitig erhöhen wir die seit 9 Jahren unveränderten Gebühren für das KITA-Jahr 2014/2015 um 4 %, d. h. in EURO zwischen 4 und 7,20 € und für das KITA-Jahr 2015/2016 nochmals um 4 % auf die dann bestehenden Gebühren. Die durch die Eltern zu leistende Gebührendeckung von 33 % wird aufgehoben, da sie sich seit Jahren unter dieser Marke bewegte und auch weiterhin bewegt. Damit wird auch deutlich, dass den größten Teil der Kosten die Einwohnerinnen und Einwohner Ronnenbergs tragen. Und das ist gut, dass wir gemeinsam in die Bildung unserer Kinder investieren.

Da noch nicht alle Kinder einen Krippenplatz erhalten können und zur besseren Unterstützung bei Betreuungsbedarf in Randzeiten fördern wir auch das Tagespflegeangebot. Doch auch nicht alle Eltern entscheiden sich aus nachvollziehbaren Gründen für die Betreuung in einer Krippe. Der Gesetzgeber hat Tagespflege und die Betreuung in einer Krippe grundsätzlich gleichgestellt. Mit einem verbindlichen Qualifizierungsprogramm erhalten die Pflegepersonen die notwendigen Grundkenntnisse und darüber hinaus Angebote zur Vertiefung und Weiterqualifizierung.

In einer von der Verwaltung vorgelegten Beschlussdrucksache wurde die Erhöhung der Entgeltsätze vorgeschlagen, der die Mehrheit des Rates vor wenigen Minuten gefolgt ist.

Im Interesse der Kinder und zur Vermeidung späterer Probleme kann die Stadt Ronnenberg nicht darauf warten, bis Land oder Bund ihren Verpflichtungen zur Finanzierung der Drittkräfte in den Krippen nachkommen. Dass kein Geld vorhanden sei, mögen wir gerne glauben, denn es wird leider an falschen Stellen ausgegeben, z. B. bei den vielen Fehlsubventionierungen wie das Betreuungsgeld oder die umweltschädlichen Maßnahmen wie Vergünstigungen für die Atomindustrie oder ganz aktuell die Ausnahmen zur Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz. An den Subventionsabbau oder an eine Umsatzsteuerreform traut sich die GROKO nicht ran, aber vor Ort laufen die Probleme weiter auf. Das wird sich auch bei der Verschiebung des Bundesteilhabegesetzes (Wiedereingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen)

zeigen.

Zum Beispiel lässt sich eine vollständige bedarfsgerechte Hortbetreuung unter diesen Bedingungen leider zur Zeit nicht realisieren.

ROT-GRÜN will die erfolgreiche Schulsozialarbeit verstetigen und eine zum Schuljahresende auslaufende Stelle an den Schulen unbefristet weiter erhalten. Bisher wurde die Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) des Bundes bezahlt. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unterstützen in Schulen insbesondere lernschwache Kinder, helfen bei Konflikten und vermitteln zwischen Schule, Eltern und Sozialbehörden. Darüber hinaus fördern sie die individuelle und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen an der Schule, indem Aktivitäten angeboten werden, durch die die Schülerinnen und Schüler über das schulische Angebot hinaus ihre Fähigkeiten entfalten können.

Die Finanzierung durch das Bildungs- und Teilhabepaket war von vornherein auf zwei Jahre begrenzt. Allerdings sollte nach unserer Auffassung die Finanzierung über das Land gesichert werden, das für das pädagogische Personal an Schulen zuständig ist. Wir arbeiten daran ...

Angesichts sehr knapper finanzieller städtischer Ressourcen werden so Mittel für die Jugendarbeit effizient eingesetzt. Die Schulsozialarbeit ist zielgerichtet und effektiv, um Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Schulsozialarbeit ist präventiv und verhindert somit mögliche Folgekosten. Das Geld, das wir hier in die Hand nehmen, ist nachhaltiger Mitteleinsatz. Bei begrenzten Ressourcen muss die effektivste Maßnahme oberste Priorität haben und dabei liegt die Schulsozialarbeit vor einem Jugendzentrum.

Die Belastung des Haushaltes durch den Sozialetat ist hoch. Dies zeigt, dass die Not in unserer Gesellschaft immer noch groß ist und eher zu- als abnimmt. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer und ist in keinem anderen Industrieland so extrem wie in Deutschland, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Das zeigt sich auch an der zunehmenden Altersarmut. Sie ist ein gesellschaftliches Problem, das Frauen aufgrund ihrer Lebens- und Erwerbsbiografie noch häufiger betrifft als Männer. Insbesondere Frauen können von ihrem Einkommen während des Erwerbslebens kaum leben und somit keine ausreichend hohe Rentenbeiträge leisten. Die Kommunen reagieren schon auf dieses Phänomen und werden hier in Zukunft noch mehr gefordert sein. Aber auch an diesem Beispiel zeigt sich in aller Deutlichkeit, wie gesamtgesellschaftliche Probleme in

die Kommune verlagert werden. Ausreichend hohe Mindestlöhne, ein auskömmliches Erwerbseinkommen sind wichtige Voraussetzungen, damit die Menschen selbst für ihr Alter vorsorgen können - und für diejenigen, die sich nicht selbst versorgen konnten, eine ausreichende Grundsicherung für ein menschenwürdiges Leben.

Immer mehr Flüchtlinge suchen ein neues Zuhause. Politische Verfolgung, Klimawandel, Globalisierung, Hunger machen unsere unmittelbare Betroffenheit deutlich. Wir werden hier in Ronnenberg konfrontiert mit dem Weltgeschehen und wir sind gefordert hier vor Ort menschenwürdige und sozialverträgliche Konzepte zu erarbeiten für die Unterbringung, Hilfestellung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen bei uns. Wir sind gefordert, den größtenteils traumatisierten Menschen die Unterstützung der Ronnenberger Bevölkerung in jeglicher Form zukommen zu lassen. Es tut gut zu hören, dass Stadtverwaltung, und hier sei insbesondere Frau Öztürk mit ihrem Team erwähnt, und die Initiative in Weetzen am Thema dranbleiben. Es ist auch schon gelungen, für einzelne Familien Wohnungen zu finden.

Mit der Umsetzung der inklusiven Beschulung, hinter diesem Begriff versteckt sich das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung, werden die Kommunen weitgehend allein gelassen. Es liegt kein Konzept der Landesregierung vor, ebenso über Kosten gibt es keinen verlässlichen Zahlen. In diesem Nebel versucht auch die Stadt Ronnenberg sinnvolle Voraussetzungen zu schaffen, da die Inklusion bis 2018 vollzogen sein muss.

Armut, Flüchtlinge, Inklusion – drei Themen, die unsere Kommune in Zukunft verstärkt herausfordern wird.

Das integrierte Stadtentwicklungskonzept wird von uns sehr begrüßt. Im Haushalt 2014/2015 hat die Verwaltung hierfür Mittel eingestellt. In einem gemeinsamen Prozess zwischen Verwaltung, Bevölkerung und Politik sollen bereits im Planungsansatz die unterschiedlichen Fachgebiete und Planungsgrundlagen einbezogen werden. In diesem Prozess wird sowohl die Bewältigung des demographischen Wandels als auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, aber auch der nachhaltige Umgang mit natürlichen Ressourcen Gegenstand der Diskussion werden. Eine Ressource sind Flächen: Was ist uns die Natur wert? Was sind uns landwirtschaftliche und Grünflächen wert? Auf diese Fragen müssen Antworten gefunden werden. Darüber hinaus

wird aus GRÜNER Sicht auch das Thema „Energie“ in Verbindung mit dem Ronnenberger Klimaschutzaktionsprogramm eine wichtige Rolle einnehmen, gerade auch weil Deutschland jüngst im Internationalen Klimaschutzindex vom 8. auf den 19. Platz zurückgefallen ist, weil bei uns die CO<sub>2</sub> Emissionen durch einen Anstieg der Kohleverstromung wieder drastisch zunehmen. Wir werden in diesem Jahr eine Evaluation des bisherigen Klimaschutzaktionsprogrammes vornehmen. Aber auch jetzt wird schon deutlich, dass es hier viel zu tun gibt und eine personelle Aufstockung mit der Klimaschutzmanagerin unausweichlich war und sicherlich auch zukünftig sein wird. Die Krise mit Russland zeigt uns gerade wieder sehr deutlich, dass wir dringendst die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern verringern müssen.

Bereits in der laufenden Ratsperiode hat der Rat einstimmig den Kauf von 51 % des Ronnenberger Stromnetzes beschlossen. Nun zeigt es sich erfreulicherweise, dass die Gewinnanteile höher ausfallen als zunächst angenommen. Neben höheren Zuweisungen des Landes für verschiedene Maßnahmen wie z.B. zur Förderung der Inklusion tragen diese Veränderungen auch zu einer zusätzlichen Verbesserung des Ergebnishaushaltes bei.

Auch die Einführung von Tablets mit dem Ziel des „papierbefreiten“ Ratsmitgliedes führt zu einer Entlastung des Haushaltes. Hier ist beizeiten zu prüfen, ob man, wenn man in den Sitzungsräumen W-Lan zur Verfügung stellt, nicht die SIM-Karten auch noch einsparen kann.

Zum Ende noch eine Anmerkung zum Stellenplan. GRÜNE haben sich erfolgreich für die Verschlinkung der Verwaltungsspitze eingesetzt. Anfangs waren auch CDU und FDP dafür, später haben wir dieses gegen CDU und FDP mit der SPD durchgesetzt. Die Verwaltungsleitungsstellen wurden von 6 auf 4 Personen reduziert und eine Hierarchieebene wurde gestrichen. Die Reduzierung der 2. Stelle war zunächst auf ein Jahr zur Probe ausgelegt. Das Verwaltungsmodell mit drei Fachbereichsleitungen und der Bürgermeisterin hat sich bewährt, so dass die zweite eingesparte Stelle, die nicht besetzt war, nun ganz aus dem Stellenplan gestrichen werden konnte. Wir freuen uns, dass nun wieder alle Fraktionen dieser Einsparung zustimmen.

Eine Veränderung im Stellenplan stößt aber mindestens auf Verwunderung bei uns. Im Zuge der genannten Einsparungen wurde das Team „Büro des Bürgermeisters“ ab 2013

von 2 Personen, einer Sekretärin und einer persönlichen Referentin auf nur noch eine Person, der Sekretärin reduziert. Dass nun der frische Wind in der Verwaltung daraus besteht, dass als Erstes das Büro der Bürgermeisterin von einer auf vier Personen aufgestockt wurde, ist doch sehr verwunderlich. Auch wenn hierfür keine Neueinstellungen vorgenommen wurden, reißen die Verschiebungen zum Teil an anderer Stelle Lücken auf. Besonders aber vermissen wir den Protest der CDU und der FDP, die in der Vergangenheit schon gegen die zwei Stellen im Büro des Bürgermeister Walther heftig Stellung bezogen hatten.

Wir GRÜNEN sehen durchaus ein, dass eine persönliche Referentenstelle notwendig sein kann, jedoch reicht unserer Meinung nach statt einer ganzen auch eine  $\frac{3}{4}$  Stelle.

CDU und FDP müssen sich allerdings fragen lassen, ob sie ihre Meinung geändert haben oder ob ihre damalige Kritik nur parteipolitisch begründet war. Bitte nehmen Sie unsere vorgebrachte Kritik nicht persönlich. Betrachten Sie diese eher als persönliche Herausforderung und Ansporn. Bedenken Sie auch bitte, dass unsere in den Ausschüssen und im Rat geführten Diskussionen in der Vergangenheit sehr oft ein Ergebnis hatten, das von fast allen im Rat Vertretenen geteilt wurde.

Auf jeden Fall freuen wir uns über Ihre Zustimmung zum Haushalt mit unseren Änderungsanträgen.

Zu guter Letzt:

Unser Dank an alle, die in konstruktiv geführten Diskussionen dazu beigetragen haben, ein tragbares Ergebnis zu finden. Ausdrücklichen Dank auch an die Verwaltung, insbesondere an die Fachbereichsleiter aller Fachbereiche, Herrn Schulz, Herrn Kölle und Herrn Zehler für die gewohnt gute Arbeit, und Danke auch Ihnen, Frau Harms, dass Sie den Faden Ihres Vorgängers mit der Vorlage eines ausgeglichenen Haushaltes aufgenommen haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal die Nebenabrede zum städtebaulichen Vertrag zwischen der GHG und dem Bürgerforum besonders würdigen. Diese Nebenabrede sieht Vereinbarungen vor zur

- Lärminderung und -vermeidung insbesondere von tieffrequentem Lärm
- Feststellung und Bekanntgabe von regelmäßigen Höhenbeobachtungen,
- Einführung eines Umweltmonitorings,
- Nachnutzung,

- Haftung und Sicherheitsleistung.

Besonders hervorheben möchte ich das Engagement von Herrn Mittelmeier und Herrn Mewis, die sich hier in hohem Maße verdient gemacht haben. Außerdem möchte ich die Moderation durch Herrn Zehler würdigen, sowie die auf Kooperation angelegte Verhandlungsführung der GHG.

Wir GRÜNE, die wir dieses Verfahren immer positiv begleitet haben, halten diese Nebenabrede für das großartige Ergebnis von beharrlicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

An dieser Stelle auch ein ganz besonderer Dank an alle ehrenamtlich Tätigen in Ronnenberg, in den Vereinen und auch außerhalb von Vereinen, und insbesondere an die Feuerwehr. Die öffentliche Hand könnte diese Leistungen nicht ersetzen.

Im Sinne dieser guten Zusammenarbeit von Hauptamtlichen, Ehrenamtlichen und Einwohnerinnen und Einwohnern und zufrieden, dass unsere Initiativen für Verbesserungen bei Allen Unterstützung gefunden haben, stimmen die GRÜNEN dem nun vorliegenden Haushaltsplan für 2014 gerne zu.